

Magdeburg, 24.01.2024

**Bevorstehender Haushaltsbeschluss 2024: Endlich nachhaltiger Fach-
und Arbeitskräftemangel bekämpfen**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr ...,

zunächst wünsche ich Ihnen in diesen politisch wohl herausforderndsten Zeiten seit der Wende 1989/90 noch alles Gute für das Jahr 2024, insbesondere Gesundheit und eine erfolgreiche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Unmittelbar vor den Plenarsitzungen, auf denen der Bundeshaushalt für das Jahr 2024 beschlossen werden soll, komme ich nochmals auf Sie zu, um Sie dafür zu sensibilisieren, was die Bundesregierung hinsichtlich der Finanzausstattung der Jobcenter plant und welche Folgen hieraus insbesondere auch für Sachsen-Anhalt erwachsen.

Wie Sie wahrscheinlich wissen, wurde bei den Haushaltsverhandlungen vereinbart, den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ggü. dem ursprünglichen Entwurf vom August 2023 nochmals um 4 Mrd. € aufzustocken, insgesamt also auf 175,67 Mrd. €. Mit gerade einmal **4,15 Mrd. € (= 2,36 % des Gesamtetats)** spielen die hier eingeplanten **Leistungen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik**, die sog. Eingliederungsleistungen, nur noch eine **sehr untergeordnete Rolle**. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf vom August letzten Jahres wurden hier die vorgesehenen Haushaltsmittel sogar um nochmals 50 Mio. € reduziert, **gegenüber dem Vorjahr geht es letztlich um eine Reduzierung in Höhe von 250 Mio. €**, obwohl auch schon 2023 insbesondere die Jobcenter darüber geklagt haben, dass sie immer weniger Mittel für die aktive

VDPVerband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.Otto-von-Guericke-Str. 86a
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0

F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de**Bankverbindung**

Deutsche Kreditbank

Konto-Nr.: 107 334 00

BLZ: 120 300 00

Vereinsregister

Amtsgericht Stendal

VR 11611

Arbeitsmarktpolitik trotz insgesamt steigender Arbeitslosenzahlen und der Erweiterung ihres Aufgabenspektrums (u.a. durch das Bürgergeld- und Weiterbildungsgesetz sowie die Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge) zu verkraften haben.

Vergleicht man z.B. in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosenzahlen von September 2019 (= 75.760) mit denen vom September 2023 (= 81.133), stellt man eine **Zunahme der Leistungsempfänger um 7,4 %** fest.

Angesichts der Klagen nahezu aller Branchen hinsichtlich eines immer größeren Fach- und Arbeitskräftemangels und der vorgesehenen Ansiedlung bedeutender Industrieunternehmen mit hohen Fachkräftebedarfen (z.B. Intel oder Daimler Truck in Sachsen-Anhalt) stellt sich die Frage, warum der Bund gerade in der aktiven Arbeitsmarktförderung, die ohnehin seit Jahren nur noch ein Schattendasein fristet, noch weiter sparen will, **zumal allen Fachleuten (s. z.B. regelmäßige Veröffentlichungen des Forschungsinstituts IAB) klar ist, dass durch eine ungenügende und wenig zielorientierte Arbeitsmarktförderung die sozialen Sicherungssysteme immer stärker und vor allem dauerhaft belastet werden.** Dies ist z.B. zu sehen an den erhöhten Haushaltsansätzen (im Vergleich zum August 2023) für das **Bürgergeld** (geplant 26,5 Mrd. € = + **2,2 Mrd. €**), die **Grundsicherung im Alter** (geplant: 10,9 Mrd. € = + **1,4 Mrd. €**) oder die **Leistungen für Unterkunft und Heizung** (geplant: 11,1 Mrd. € = + **1,4 Mrd. €**). **Wollte man hingegen diese fortwährenden Kostensteigerungen nachhaltig absenken, müsste man deutlich mehr für eine individuelle und leistungsorientierte Arbeitsmarktförderung – gerade auch im Zuständigkeitsbereich der Jobcenter – tun.** Dies wäre zudem ein dringendes wirtschaftspolitisches Gebot, wenn man Zukunftsaufgaben wie den Strukturwandel erfolgreich bewältigen will.

Die beschriebene Thematik möchte ich gern mit drei Statistiken, die diesem Schreiben als Anlagen beigelegt sind und die unser Bundesland Sachsen-Anhalt betreffen, untermauern:

1. Zur Statistik der Neueintritte von Bürgergeld- bzw. (früher) Arbeitslosengeld-II-Empfängern liegen uns derzeit die endgültigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit bis Ende September 2023 vor (s. Anlage 1). Für Sachsen-Anhalt lässt sich sagen: Nie gab es weniger Neueintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) während der ersten drei Quartale eines Jahres. Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 (in dem wir deutlich weniger Leistungsempfänger im SGB II-Bereich hatten!) ist die Anzahl der **Neueintritte in geförderte Weiterbildungsmaßnahmen** bis September 2023 **um ca. 54 (!) Prozent zurückgegangen.** Ähnlich dramatisch – wenn auch zahlen-

mäßig auf einem höheren Niveau – fallen in diesem Zeitraum die **Rückgänge bei den sog. Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen (= - 56 Prozent) und bei den Arbeitsgelegenheiten (= - 42 Prozent)** aus.

So verwundert wohl auch nicht, dass das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt feststellen musste, dass im 2. Quartal des Jahres 2023 die Zahl der in unserem Bundesland Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3.000 Personen zurückgegangen ist (PM 324/2023 vom 19.10.23).

Angesichts der vorgesehenen weiteren Mittelreduzierungen bei den Jobcentern muss hinsichtlich der benannten erschreckenden Trends eine negative Weiterentwicklung für 2024 erwartet werden. Wenn die Jobcenter kaum noch über Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik verfügen, werden sich im übrigen auch kaum Einsparungen durch Sanktionen erzielen lassen, da den Leistungsbeziehern ja auch kaum noch Förderangebote offeriert werden können.

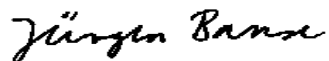
2. Für das Jahr 2022 liegt uns die als Anlage 2 beigefügte Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor. **Nur noch 8,5 Prozent der Mittel**, die in jenem Jahr den Jobcentern bundesweit zur Verfügung standen, wurden für die (oben beispielhaft benannten) Eingliederungsleistungen aufgewendet. **Allein für die Verwaltung der Jobcenter wurden ca. 1,9 Mrd. € mehr verbraucht als für sämtliche Eingliederungsmaßnahmen**. Angesichts des Umstandes, dass die tariflichen Leistungen für die Mitarbeitenden in den Jobcentern weiter nach oben gehen und die Leistungen des Bundes ggü. den Jobcentern weiter abgesenkt werden sollen, stellt sich die Frage, welche Entwicklung hier am Ende des Jahres 2024 zu verzeichnen sein wird.
3. Ganz frisch sind die in der Anlage 3 zu findenden Unterlagen von der kürzlich stattgefundenen Trägerkonferenz der Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt Nord. Hier sehen Sie die „Bildungszielplanungen“ verschiedener Jobcenter für 2024. Dabei kalkuliert das **Jobcenter Magdeburg im Vergleich zum Vorjahr mit 19 Prozent weniger Qualifizierungen**, das **Jobcenter Jerichower Land mit 31 Prozent weniger**, das **Jobcenter Börde mit fast 35 Prozent weniger** und das **Jobcenter Stendal sogar mit fast 39 Prozent weniger Neueintritte in Weiterbildungsmaßnahmen**. Dies alles vor dem Hintergrund der Intel-Ansiedlung, der zusätzlichen Fortbildungsansprüche, die sich u.a. aus dem Bürgergeldgesetz ergeben, und der zusätzlich zu betreuenden ukrainischen Flüchtlinge, die häufig berufliche Anpassungsqualifizierungen benötigen, um in Arbeit integriert werden zu können.

Ich glaube zwar nicht, dass diese alarmierenden Zahlen noch etwas an dem mühselig errungenen Haushaltskompromiss ändern werden. Es ist mir trotzdem wichtig, Sie nochmals nachdrücklich auf die Folgen einer solchen verfehlten bzw. kurzsichtigen Arbeitsmarktpolitik aufmerksam zu machen.

Aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt müsste hier dringend eine vollständige Kehrtwende unter der Prämisse des zielgerichteten Forderns und Förderns einleitet werden, um haushaltspolitisch auch langfristig noch handlungsfähig zu bleiben und um wirtschaftspolitisch die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können.

Gern stehe ich Ihnen zu diesem Thema für Rückfragen zur Verfügung.
Vielen Dank für Ihre Befassung mit meinen Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen



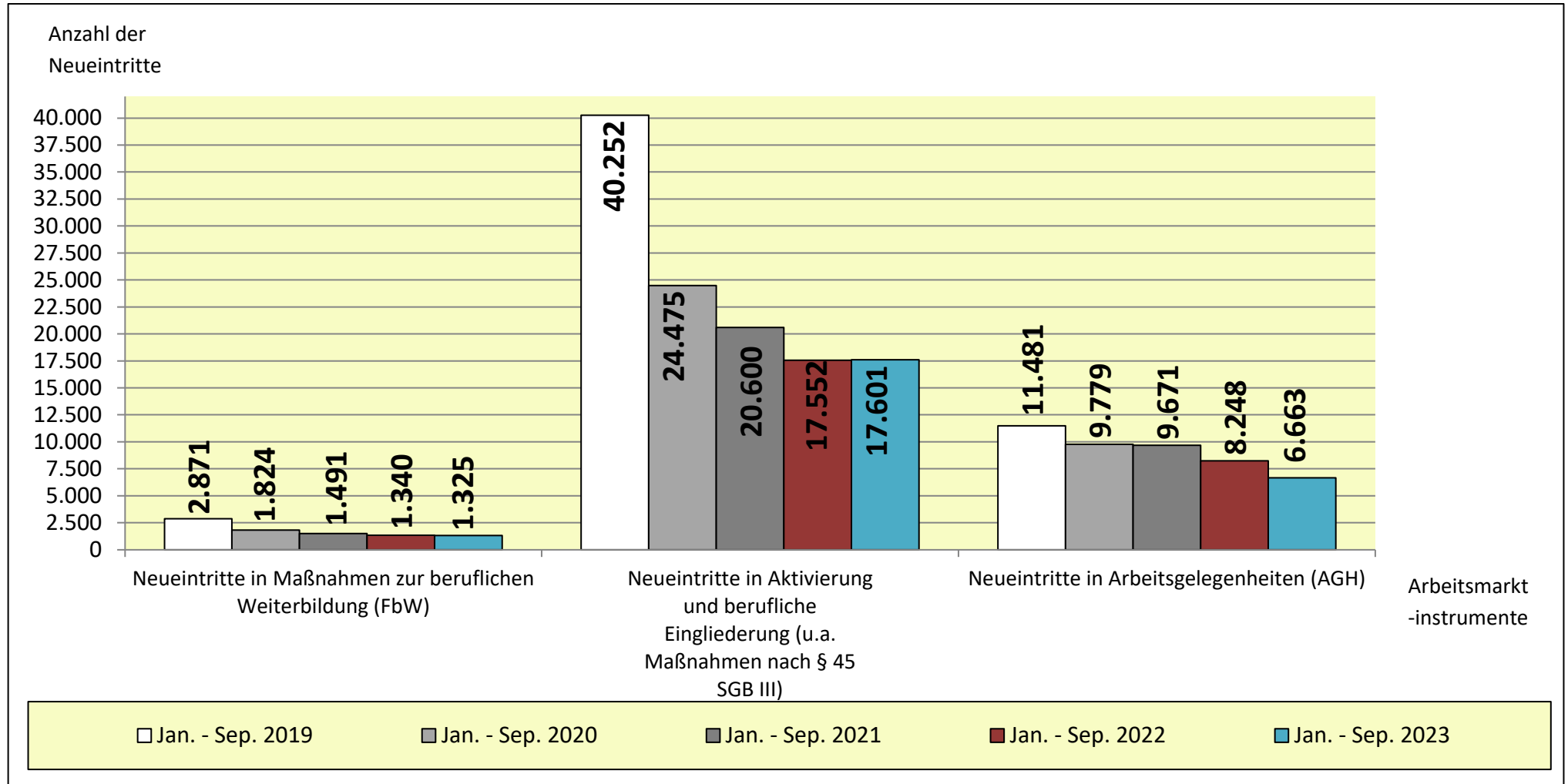
Jürgen Banse
– Geschäftsführer –

Anlagen1 bis 3

Verteiler: Bundestagsabgeordnete des Landes Sachsen-Anhalt (Ausnahme: AfD)

Anzahl der Neueintritte von Bürgergeld-Empfänger*innen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente: Entwicklungen in Sachsen-Anhalt

(Stand: 03.01.2024, Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Entwicklung 2022-2023:
- 1,12 %

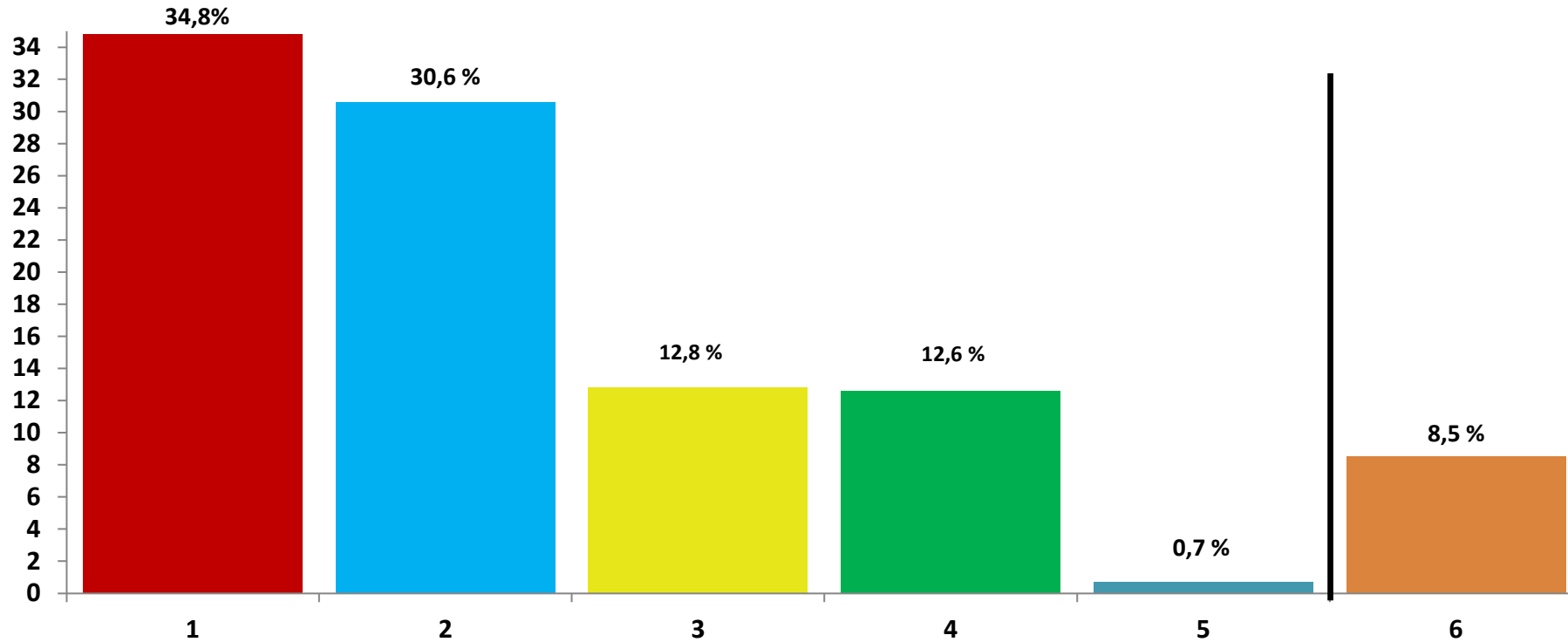
Entwicklung 2022-2023:
+ 0,28 %

Entwicklung 2022-2023:
- 19,22 %

Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II

Jahressumme
2022

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



- 1 = Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (16.296.311.836 €)
- 2 = Kosten der Unterkunft und Heizung (14.333.536.748 €)
- 3 = Ausgaben für Leistungen zur Sozialversicherung (5.969.189.587 €)
- 4 = Verwaltungskosten (5.899.198.555 €)
- 5 = Abweichend zu erbringende Leistungen (304.467.889 €)
- 4 = Eingliederungsleistungen (aktive Arbeitsmarktförderung) (3.992.022.392 €)

■ = passive Leistungen
■ = aktive Leistungen

2. Berufliche Weiterbildung im Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg

	Ergebnis 2023	Planung 2024
Qualifizierungen gesamt	349	282
davon FbW - Anpassungsqualifizierungen	286	242
davon FbW – Maßnahmen zum Erwerb eines Berufsabschlusses	63	40

Geplante Schwerpunkte in der Qualifizierung 2024:

- Berufe im Gesundheitsbereich
- Lager und Logistik
- Fahrzeugführung von Fahrzeug- und Transportgeräten
- Schutz-, Sicherheits- und Überwachungsberufe

2. Berufliche Weiterbildung im Jobcenter Jerichower Land

	Ergebnis 2023	Planung 2024
Qualifizierungen gesamt	59	40
davon FbW - Anpassungsqualifizierungen	54	35
davon FbW – Maßnahmen zum Erwerb eines Berufsabschlusses	5	5

Geplante Schwerpunkte in der Qualifizierung 2024:

- Verkehr und Logistik
- Berufe im Gesundheitsbereich

2. Berufliche Weiterbildung im Jobcenter Börde

	Ergebnis 2023	Planung 2024
Qualifizierungen gesamt	168	110
davon Anpassungsqualifizierungen	152	100
davon Maßnahmen zum Erwerb eines Berufsabschlusses	16	10

Geplante Schwerpunkte in der Qualifizierung 2024:

- Verkehr und Logistik
- Gebäude- und Versorgungstechnik
- Berufe im Gesundheitsbereich

2. Berufliche Weiterbildung im Jobcenter Stendal

	Ergebnis 2023	Planung 2024
Qualifizierungen gesamt	182	112
davon Anpassungsqualifizierungen	149	89
davon Maßnahmen zum Erwerb eines Berufsabschlusses	33	23

Geplante Schwerpunkte in der Qualifizierung 2024:

- Metallberufe
- Verkehr und Logistik
- Schutz und Sicherheit
- Berufe im Gesundheitsbereich